

Unterwegs nach Europa : "Lasst uns wieder eine europäische Familie schaffen"

Autor(en): **Ribi, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **34 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Lasst uns wieder eine europäische Familie schaffen»

WINSTON CHURCHILL, VOR 60 JAHREN AM 26. SEPTEMBER 1946 AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union oder ein Vollbeitritt unseres Landes – «Europa» ist weiterhin das wichtigste Thema unserer Aussenpolitik. Die Zukunft des bilateralen Weges wird schwieriger, aber eine Mehrheit des Schweizervolkes und die Wirtschaft wollen heute keine volle Mitgliedschaft. Von Rolf Ribl



Nein! Nehmen Sie das nicht persönlich. Damit ist auch die restliche Welt gemeint!

Der einzige Satz im Brief des Schweizer Bundesrates vom 20. Mai 1992 an den Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel sorgt noch heute für heisse Köpfe: «Die Schweizer Regierung hat die Ehre, hiermit um den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ersuchen, das heisst um die Eröffnung von Verhandlungen.» Gezeichnet hatte das Schriftstück der damalige sozialdemokratische Bundespräsident und Aussenminister René Felber.

Die ganze Brisanz der europäischen Frage zeigte sich schon damals: Der Aussenminister der Eidgenossenschaft wollte die Schweiz in die Europäische Union führen – ohne dafür ein Plazet des Volkes zu haben. Kurz zuvor hatte Felber seine Bundesratskollegen Delamuraz, Cotti und Ogi vom Beitrittsgesuch überzeugt. In der Sondersitzung des Bundesrates vom 18. Mai unterlagen die Bundesräte Koller, Villiger und Stich. «So kapitale Fragen wie das EU-Beitrittsgesuch dürfen im Bundesrat nicht einfach mit vier

gegen drei Stimmen entschieden werden», kritisierte später Arnold Koller.

«Vielleicht» sei das Gesuch ein «taktischer Fehler» gewesen, räumte René Felber zehn Jahre später ein. «Uns ging es darum, alle Unklarheiten und Zweifel zu vermeiden.» Fakt ist, dass das bundesrätliche Schreiben nach Brüssel nur zwei Monate vor der emotionalen Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) das Fiasko an der Urne mit verursacht hat.

Seither ruht das umstrittene Dokument im Archivkeller der Brüsseler Behörde. Nach dem Nein des Schweizervolkes zum EWR-Beitritt vom Dezember 1992 wurde es im Februar 1993 im Gemischten Ausschuss Schweiz-EU formell sistiert. Es entfaltet keine rechtliche Wirkung mehr, und Brüssel betrachtet die Schweiz ausdrücklich nicht als Beitrittskandidaten. Trotzdem forderte vor Jahresfrist der freisinnige Nationalrat Gerold Bührer in einer Motion mit 18 Mitunterzeichnern den Rückzug des Beitrittsgesuchs.

Seine Argumente: Das Gesuch sei rechtlich bedeutungslos, die EU habe sich politisch weiterentwickelt, Werte wie Neutralität, Föderalismus, direkte Demokratie und die wirtschaftliche Autonomie wären in Gefahr.

Stationen nach Europa

Das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union ist seit langem das wichtigste Thema unserer Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik. Dies sind die wichtigsten Stationen auf unserem Weg nach Europa:

Am 3. Dezember 1972 wird das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 72,5 Prozent des Stimmvolkes und von allen Kantonen angenommen. Zwanzig Jahre später, am 6. Dezember 1992, lehnen der Souverän mit 50,3 Prozent Neinstimmen und eine Mehrheit der Kantone den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Gebodigt wird die Vorlage in der Deutschschweiz, die Romandie stimmt geschlossen zu. Bundesrat Delamuraz spricht von einem «schwarzen Sonntag». Am 8. Juni 1997 wird die Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk» von drei Vierteln der Bevölkerung und sämtlichen Kantonen abgelehnt.

Eine Wende in der Europa-Diskussion tritt im neuen Jahrhundert ein: Am 21. Mai 2000 heisst das Volk mit gut 67 Prozent Ja-Stimmen die sieben Bilateralen Abkommen I mit der Europäischen Union gut, nur die Kantone Tessin und Schwyz sagen Nein. Am 4. März 2001 wird die Volksinitiative für einen EU-Beitritt mit fast 77 Prozent Neinstimmen verworfen, alle 26 Kantone lehnen ab. Das Jahr 2005 wird ein besonderes Europajahr für die Schweiz: Am 5. Juni wird die Assoziierung an die Verträge von Schengen und Dublin, einem Teil der Bilateralen Abkommen II, mit fast 55 Prozent gutgeheissen. Und am 25. September wird das Freizügigkeitsabkommen, also die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedsländer, mit 56 Prozent angenommen.

Damit hat die Schweiz nach dem Debakel um den EWR-Beitritt von 1992 mit bilateralen Verhandlungen viel erreicht: 18 gewichtige Abkommen gehören zur Ernte der schweizerischen Diplomatie. Die wichtigsten Gebiete betreffen die Personenfreizügigkeit gegenüber 25 EU-Ländern, den möglichst ungehinderten Grenzübertritt, die weit gehende Vermeidung von Zweitasyll-

gesuchen, die Zulassung von 40-Tonnen-Fahrzeugen, die Liberalisierung des Käsehändels, den Abbau technischer Handelshemmnisse, die Besteuerung von in der Schweiz erzielten Zinserträgen von Ausländern unter Wahrung des Bankgeheimnisses, und die Intensivierung der gegenseitigen Rechts-hilfe.

«Die politisch »langsame« Schweiz hat sich mit Verhandlungen und Volksentscheiden aus der Sackgasse von 1992 herausgearbeitet», kommentiert die »Neue Zürcher Zeitung«. Und Staatssekretär Michael Ambühl vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hält fest: «Seit dem EWR-Nein haben sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU markant intensiviert.» Der Zugang schweizerischer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt sei bedeutend leichter geworden. Zudem hätten sich unsere vertraglichen Beziehungen, vor allem dank Schengen/Dublin, auf politisches Gebiet ausgedehnt. «Unsere Beziehungen zur Europäischen Union sind insgesamt so gut und so intensiv wie noch nie.»

Vorteilhafter bilateraler Weg

Dass uns die bilaterale Politik zupass kommt – wer wollte das bestreiten? Dieser zweiseitige Weg nach Europa wird vom Volk getragen, er ist massgeschneidert für unsere Wirtschaft, er verpflichtet uns zu keinen weiteren Schritten. Der Preis dafür ist allerdings ein Verlust an Autonomie: Wenn sich die Schweiz einem gemeinsamen europäischen Thema anschliesst, muss sie ihre Gesetze dem europäischen Regelwerk anpassen.

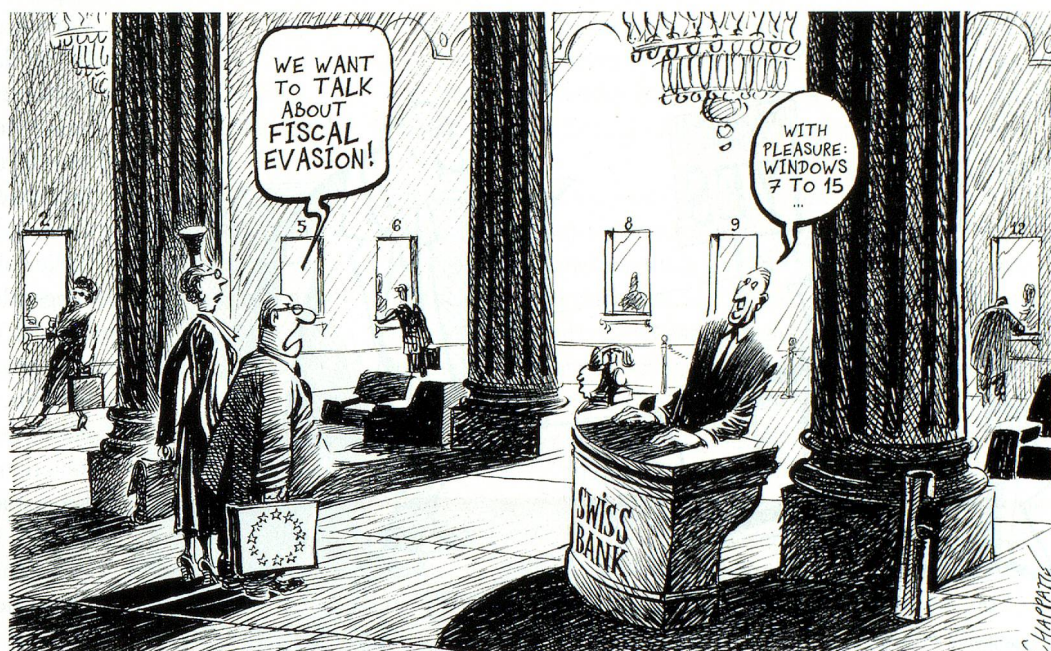
Niemand als die Wirtschaft weiss besser um die Bedeutung der bilateralen Verträge. Denn die Europäische Union ist der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz. Mehr als 60 Prozent unserer Exporte und mehr als 80 Prozent unserer Importe entfallen auf die EU-Länder, rund 43 Prozent der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland fließen in diesen Raum, wo Schweizer Unternehmen über 900 000 Mitarbeiter beschäftigen. Mit den USA und China gehört die Schweiz zu den drei wichtigsten Wirtschaftspartnern der EU. Rund 870 000 ausländische Staats-

angehörige mit dem Europapass leben in unserem Land – mehr als 12 Prozent unserer Bevölkerung. «Der bilaterale Weg mit der EU hat sich aus heutiger Sicht bewährt», anerkennt der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse.

Wie sieht man am Brüsseler EU-Hauptquartier die zweiseitigen Beziehungen mit den Eidgenossen? «Auch die Europäische Union hat Interesse an einer Fortführung des bilateralen Weges mit der Schweiz» (Staats-

heit. «Es fällt der EU immer schwerer, sich noch mit Drittstaaten zu befassen, wenn sie nicht das Kaliber der USA, Russlands oder Chinas besitzen.»

Die neue Brüsseler Realität schilderte kürzlich José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, im Interview mit der »NZZ am Sonntag«: «Versetzen Sie sich einmal in unsere Lage: Die EU wird demnächst 27 Mitgliedstaaten zählen. Da ist es schon sehr schwierig, eine gemeinsame Position zu



Wir wollen über Steuerhinterziehung sprechen! Sehr gern: Schalter 7 bis 15, bitte.

sekretär Michael Ambühl). «In Brüssel zollt man der Schweiz für den bilateralen Weg Anerkennung. Wir werden als solidarischer Verhandlungspartner wahrgenommen» (Botschafter Urs Bucher). Der offizielle Tenor lautet so: Die Europäische Union hat (nach einem Gesinnungswandel) den bilateralen Charakter im Umgang mit der Schweiz und ihrer Referendumsdemokratie verinnerlicht.

Dunkle Wolken am Horizont

Doch jetzt droht der guten Nachbarschaft zwischen Brüssel und Bern eine unbequeme Wahrheit: «Die Stellung des kleinen Landes gegenüber der EU hat sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert» (so der Brüsseler Korrespondent der »Neuen Zürcher Zeitung«). Die Europäische Union ist heute ein Binnenmarkt von 460 Millionen Menschen mit einer gemeinsamen Währung in seiner Kernzone. Sie ist auch eine politische Gemeinschaft in immer mehr Bereichen wie Justiz und Inneres, Aussenpolitik und Sicher-

erreichen.» Und nun komme ein kleines Land mit sieben Millionen Einwohnern und verlange, dass die EU sich seiner Realität anpasse. «Wenn wir als Kommission mit Ihnen verhandeln, müssen wir die Zustimmung aller Mitgliedstaaten bekommen. Es wird für uns nicht leichter.»

Die dunklen Wolken am Horizont des bilateralen Weges erkennt auch die Landesregierung. Für Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ist die heutige Strategie zwar die beste Option, aber «der Bilateralismus ist nicht in Stein gemeisselt». Und: «Der Beitritt zur Europäischen Union bleibt für die Schweiz eine längerfristige Option.» In früheren Grundsatzdokumenten hatte der Bundesrat das »strategische Ziel« eines EU-Beitritts wiederholt bestätigt. So heisst es im Aussenpolitischen Bericht 2000 der Regierung: «Der Beitritt zur Europäischen Union ist das Ziel des Bundesrates. Die Interessen unseres Landes können innerhalb der EU besser gewahrt werden als ausserhalb.» Und im Legislaturprogramm 2003 bis 2007 be-

kräftigt die Regierung die «Mitverantwortung der Schweiz in Europa und den EU-Beitritt als längerfristiges Ziel».

Europabericht des Bundesrates

Im Europabericht 2006 des Bundesrates sind die Auswirkungen eines Beitritts zur EU aufgelistet. In den Bereichen Politik und Wirtschaft wären dies die Folgen: Die Schweiz erhält volle Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene. Die Volksrechte bleiben ge-

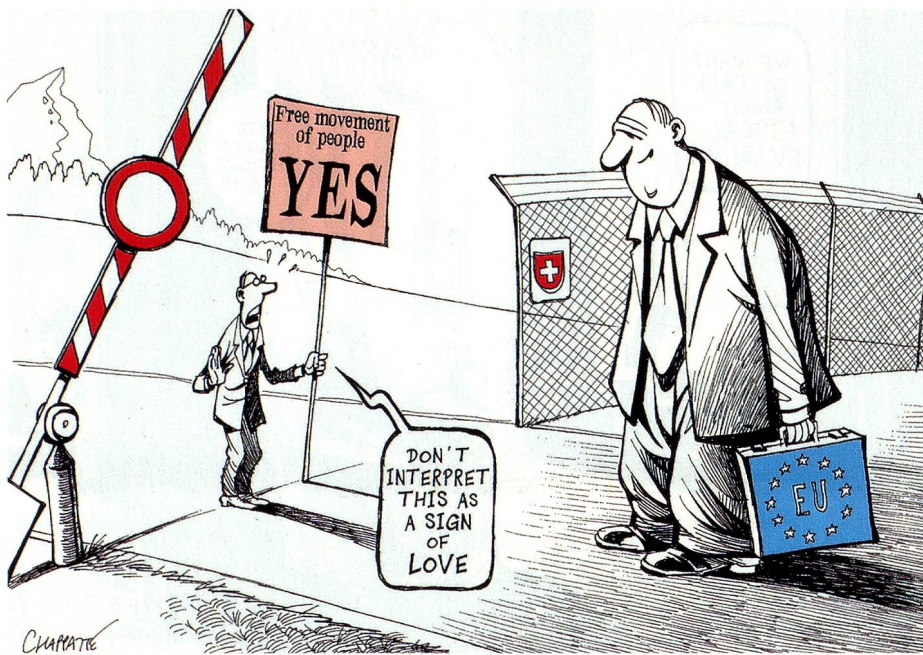
netto rund 3,4 Milliarden Franken im Jahr leisten, das ist der höchste Pro-Kopf-Beitrag aller Mitgliedsländer.

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (nebs) ist heute die treibende Kraft für einen raschen EU-Beitritt unseres Landes. Sie wirft dem Bundesrat eine «fehlende europapolitische Strategie» vor und betont diese Argumente: Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stärkt unsere Interessen in einer globalisierten Weltwirtschaft. Sie er-

des Forschungsinstitutes GfS ergab sich Ende 2005 dieses Bild: 84 Prozent der repräsentativ Befragten wollen alle Möglichkeiten in der Europapolitik offen halten. Die relativ grösste Gruppe will den bilateralen Weg weiterverfolgen. Beim EU-Beitritt sind 54 Prozent bestimmt oder eher dagegen, nur 37 Prozent sind dafür. 45 Prozent rechnen damit, dass die Schweiz bis zum Jahr 2015 Mitglied der EU sein wird, während 48 Prozent vom Gegenteil ausgehen.

Und wie denkt man bei der Schweizer Wirtschaft? «Ein EU-Beitritt der Schweiz ist für die Wirtschaft nicht von Interesse», verkündete überraschend der Dachverband Economiesuisse im vergangenen April. Neben staatspolitischen Bedenken nennt der Interessenverband die wirtschaftlichen Gründe: Die Schweizerische Nationalbank verliert ihre Selbstständigkeit in der Währungspolitik. Der Wegfall des Zinsvorteils und der Verlust des Schweizer Francs haben negative Folgen für den Standort Schweiz. Das Bankkündengeheimnis wird durch den vollen Informationsaustausch «unterminiert». Der Kernsatz im Papier von Economiesuisse: «Letztlich muss die schweizerische Europapolitik der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz dienen.» Da fragte sich sogar die «Neue Zürcher Zeitung»: «Ist die europäische Integration nicht in erster Linie ein politisch motiviertes Projekt?»

Der frühere Staatssekretär Franz Blankart brachte es vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft auf den Punkt: «Der Beitritt zur Europäischen Union ist eine eminent politische Frage. Soll der Beitritt glaubwürdig sein, muss er aus einer Grundwelle des Volkswillens erwachsen, am politischen Aufbau Europas beteiligt zu sein.» Für dieses politische Ziel sei ein politischer Preis wie etwa die Vergrößerung der direkten Demokratie erwägenswert. «Was ich aber der Schweiz nicht wünsche, wäre ein Beitritt allein aus wirtschaftlichem Zwang.»



Personenfreizügigkeit JA. Fassen Sie das aber nicht als Liebesbezeugung auf.

wahrt, soweit nicht Kompetenzen an die EU übertragen werden. Der EU-Beitritt verlangt den obligatorischen Volksentscheid. Der Föderalismus bleibt so, wie er ist. Der Beitritt zur heutigen EU bedeutet keine Aufgabe der Neutralität.

Weiter im Europabericht: Unsere Wirtschaft erhält den gleichberechtigten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. In der Aussenwirtschaftspolitik verliert unser Land die handelspolitische Autonomie. Die Mehrwertsteuer muss von heute rund 7 auf 15 Prozent angehoben werden, was mit Steuersenkungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden kann. Das steuerliche Bankgeheimnis ist in Frage gestellt, weil die europäische Zinsbesteuerung den vollen Informationsaustausch verlangt. Die Schweizerische Nationalbank muss ihre Autonomie in der Geldpolitik an die Europäische Zentralbank abtreten. Die Schweiz verliert ihren Zinsvorteil gegenüber dem Ausland. Der Euro tritt an die Stelle des Schweizer Francs. Die reiche Schweiz muss als EU-Mitgliedstaat

möglichst die gleichberechtigte Mitbestimmung in Europa und stärkt so unsere Souveränität. Die Wirtschaft profitiert von der Dynamik des europäischen Binnenmarktes, was mehr Wettbewerb und tiefere Preise bedeutet. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten den europäischen Pass und neue politische Rechte (so bei den Wahlen ins Europaparlament). Sie profitieren vom stärkeren europäischen Konsumenten- und Arbeitnehmerschutz und können sich in jedem anderen EU-Land niederlassen, dort arbeiten und studieren.

Volk und Wirtschaft gegen Beitritt

«Der viel gepriesene bilaterale Weg ist nicht die einzige europäische Option der Schweiz», sagt die freisinnige Nationalrätin und nebs-Präsidentin Christa Markwalder. Und: «Der Bundesrat darf sich nicht länger hinter der vermeintlichen EU-Feindlichkeit der Bevölkerung verstecken.» Und wie sieht diese Volksmeinung aus? Gemäss dem regelmässig erhobenen «Europa-Barometer Schweiz»

www.europa.admin.ch (Dokumente zur schweizerischen Europapolitik)
www.eda.admin.ch (Informationen zur Aussen- und Europapolitik)
www.europa.ch (Website der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz)
www.economiesuisse.ch (Website des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft)
www.doku-zug.ch (Dokumentationszentrum)